

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Manuel Sarrazin, Kerstin Andreae, Dr. Frithjof Schmidt, Marieluise Beck (Bremen), Birgitt Bender, Agnes Brugger, Viola von Cramon-Taubadel, Dr. Thomas Gambke, Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Katja Keul, Sven-Christian Kindler, Ute Koczy, Oliver Krischer, Dr. Tobias Lindner, Jerzy Montag, Beate Müller-Gemmeke, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Claudia Roth (Augsburg), Elisabeth Scharfenberg, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen
– Drucksachen 17/11647, 17/11648, 17/11649, 17/11669 –**

**Änderungen im bestehenden Anpassungsprogramm für Griechenland –
Änderung der Garantieschlüssel;
Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages
nach § 3 Absatz 1 i. V. m. § 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungs-
mechanismusgesetzes (StabMechG)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Gewährung von Hilfskrediten an Griechenland war und ist richtig. Viel zu lange haben sich führende Politiker der Eurozone – allen voran die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel – nicht klar und deutlich zu dem Verbleib Griechenlands in der Eurozone bekannt. Die ständige Androhung des Rauswurfs aus der Eurozone war für Griechenland fatal und hat jeglichen Anreiz für Investitionen genommen.

Inzwischen zeigt sich aber deutlich: Die Auswirkungen der radikalen Kürzungsmaßnahmen auf die griechische Wirtschaft wurden seitens der Troika unterschätzt. Die derzeitige Strategie, die maßgeblich auf eine harte Sparpolitik setzt, hat nicht den erhofften Erfolg gebracht. Die Rezession in Griechenland fällt stärker aus als befürchtet und die Arbeitslosigkeit höher als erwartet. Eine Anpassung der Rettungsstrategie an die tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklungen ist unumgänglich. Es ist richtig, Griechenland mindestens zwei Jahre mehr Zeit zu geben, um die Defizitziele zu erreichen. Das entspricht einer zentralen Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Griechenland muss jetzt auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückkehren und sich dauerhaft stabilisieren. Hierfür braucht es ein Umsteuern und mehr ehrliche Analyse.

Den Bürgerinnen und Bürgern Griechenlands wird sehr viel abverlangt. Aber nicht jede Sparmaßnahme ist auf Druck der Troika zustande gekommen. Vielfach ist auch die griechische Politik dafür verantwortlich. Die Jugendarbeitslosigkeit ist unerträglich hoch, viele junge Menschen verlassen das Land, sie sehen keine Zukunft mehr für sich. Entlassungen setzen tausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf die Straße. Junge Familien können sich die Miete für eine eigene Wohnung nicht mehr leisten. Viele Ältere können nach den Kürzungen kaum noch von ihren Renten leben. Es fehlt eine Mindestsicherung, wenn das Arbeitslosengeld ausläuft. Die Konsequenzen des Spardrucks auf das öffentliche Gesundheitssystem und die medizinische Versorgung ist teilweise verheerend.

Dieser erdrutschartige Abbau sozialer Sicherung und beruflicher Perspektiven wird das Land für viele Jahre prägen. Die einseitige Sparpolitik hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon vor Gewährung des letzten Hilfspakets kritisiert. Die Bundesregierung muss jetzt eingestehen: Die harschen Kürzungen drosseln das Wachstum und senken die Einnahmen, der strenge Austeritätskurs zwingt das Land weiter in die Knie. Gleichzeitig ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN davon überzeugt, dass die europäischen Partner weit über die Zeit der Kreditprogramme hinaus, Griechenland politisch und finanziell unterstützen und auf dem schweren Weg der wirtschaftlichen Strukturreformen und politischen Transformation des Staatswesens begleiten werden müssen. Der Task Force der Europäischen Kommission für Griechenland kommt dabei eine wichtige unterstützende Funktion zu, die weiter gestärkt werden muss.

Durch den Aufschub um zwei Jahre für die Erfüllung der Defizitziele entsteht ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf Griechenlands in Höhe von ca. 32,6 Mrd. Euro. Dieser muss gedeckt werden. Das Mantra der Bundesregierung lautete, Griechenland bekommt weder mehr Zeit noch mehr Geld. Beides ist nicht aufrechtzuerhalten.

Der Deutsche Bundestag erwartet endlich Ehrlichkeit von der Bundeskanzlerin. Sie muss den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland erklären, dass die Rettung Griechenlands mehr Zeit braucht und nicht zum Nulltarif zu haben ist. Der zusätzliche finanzielle Mehrbedarf muss mithilfe einer transparenten und nachhaltigen Lösung gedeckt werden. Doch genau von dieser ehrlichen und transparenten Lösung entfernt sich die Bundesregierung und mogelt sich an der Wahrheit vorbei: Lieber entscheidet sie sich für einen Flickenteppich aus verschiedenen Einzelmaßnahmen und scheut sich nicht einmal davor, monetäre Staatsfinanzierung über die griechische Notenbank zuzulassen. Hier wird mit Blick auf den Wahlkampfkalender erneut die schlechteste und teuerste Lösung gewählt, statt auf ökonomische Vernunft zu achten.

Der gerade durch den Deutschen Bundestag verabschiedete Haushalt 2013 ist damit in der Frage der Kosten der Eurokrise bereits vor Inkrafttreten Makulatur. Über 700 Mio. Euro kostet allein das neue Maßnahmenpaket. Davon findet sich im Haushalt 2013 nichts. An einem Nachtragshaushalt 2013 führt daher politisch kein Weg vorbei. Es dient der Haushaltsklarheit deutlich zu machen, was dem Bund die aktuellen Beschlüsse kosten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will einen anderen Weg gehen und offen sagen, dass die Eurorettung uns Geld kosten wird, aber auch, warum sie richtig ist. Wer Griechenland aufgibt, riskiert gefährliche Ansteckungseffekte und die Instabilität der gesamten Eurozone. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone wäre für die europäische Einigung katastrophal und für Deutschland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein Desaster.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat von Anfang an deutlich gemacht, dass die notwendigen Strukturreformen und Sparprogramme in Griechenland unbedingt mit wachstumsfördernden Maßnahmen verbunden werden

müssen. In den Verhandlungen zum Fiskalpakt hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit durchgesetzt, die auf europäischer Ebene in den Pakt für Wachstum und Beschäftigung aufgenommen wurden. Hier ist bislang zu wenig für die Umsetzung geschehen. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass das Kooperationsabkommen für die EU-Projektanleihen-Initiative unterzeichnet und auf den Weg gebracht worden ist. Griechenland leidet unter einer verheerenden Kreditklemme, die das schwache Wirtschaftstreiben zusätzlich belastet. Die EU-Projektanleihen sind für Griechenland ein Schlüsselinstrument, um private Infrastrukturinvestitionen zu erschließen. Eine damit einhergehende verbesserte Kapitalmarktfinanzierung kann transeuropäische Infrastrukturprojekte im Sinne eines Green New Deal ermöglichen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass seit August 2012 die Bezieher höherer Einkommensschichten wie Richter, Universitätsprofessoren und Militärs durch Lohnkürzungen ihren Teil zu den Sparauflagen beitragen. Zwar müssen die im europäischen Vergleich sehr hohen Ausgaben Griechenlands im öffentlichen Sektor und der Verteidigung weiter gesenkt werden. Der Deutsche Bundestag kritisiert jedoch, dass zu oft Einsparungen durch pauschale Kürzungen und starre Ausgaberegeln erreicht wurden, anstatt differenziert und ausgewogen die Besonderheiten der jeweiligen Sektoren zu beachten. Für qualitative Einsparungen ist Transparenz in der Ausgabenpraxis unumgänglich. Auch müssen Verwaltungsstrukturen weiter modernisiert werden. Der Aufbau einer wirksamen Grundsicherung sollte ebenfalls wichtiger Bestandteil von Strukturreformen sein. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Militärausgaben gesenkt wurden. Bei den Militärausgaben pro Kopf liegt Griechenland damit aber immer noch an dritter Stelle im EU-27-Vergleich. Das ist nicht zu rechtfertigen.

Griechenland hat inzwischen weniger ein Ausgabenproblem, sondern vor allem ein Einnahmeproblem. Um die Einnahmesituation grundlegend zu verbessern, ist eine neue Steuerpolitik – national und europäisch – notwendig. Es wurde zwar eine nationale Steuerreform auf den Weg gebracht, welche die Steuerbasis verbreitern soll. Trotzdem ist eine wesentliche Ursache für die hohe Verschuldung Griechenlands aber immer noch der anhaltend hohe Grad an Steuerflucht und -vermeidung: Mit einer Steuerquote (Verhältnis von Steuerzahlungen zur Wirtschaftsleistung) von nur 20 Prozent weist Griechenland den niedrigsten Wert aller Euroländer auf. Der Umsatz der Schattenwirtschaft soll rund ein Viertel der regulären Wirtschaftsleistung betragen. Zwingend erforderlich ist deshalb der Aufbau einer effizienteren Steuerverwaltung in Griechenland.

Viele wohlhabende Griechen haben ihr Vermögen ins Ausland verschoben. Griechenland allein ist politisch kaum in der Lage, effektive Steuerabkommen mit Drittstaaten abzuschließen. Es muss das gemeinsame Anliegen der europäischen Staaten sein, griechisches Fluchtkapital aufzuspüren und griechische Steuerflüchtlinge an den Sanierungskosten Griechenlands zu beteiligen. Hier ist die EU gefordert, und die Bundesregierung sollte vorgehen. Dabei geht es unter anderem um die Einführung europäischer Mindeststandards bei der Besteuerung von Reedereien und eines automatischen Informationsaustausches zur Ermittlung von Kapitaleinkommen.

Der Erfolg von Privatisierungen in Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist mehr als fraglich. In Zeiten, in denen die Preise im Keller liegen, ist eine Maximierung einmaliger Verkaufserlöse im Tausch gegen zukünftige regelmäßige Einnahmen eine zweifelhafte Rechnung.

Die Entscheidung, Griechenland zwei Jahre mehr Zeit zu gewähren, ist richtig. Es führt auch kein Weg daran vorbei, den finanziellen Mehrbedarf zu decken. Doch der Deutsche Bundestag kritisiert, dass die Bundesregierung wieder einmal die Chance verpasst, die Weichen für eine nachhaltige, solide und gerechte Rettungsstrategie in Griechenland zu stellen. Anstatt für eine solide Finanzie-

nung und eine ehrliche Nachjustierung zu sorgen, werden die Risiken verschleiert und der demokratischen Kontrolle entzogen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich im Europäischen Rat, in der Eurogruppe und im Rat der Europäischen Union einzusetzen für:

- eine transparente und nachhaltige Deckung der Finanzlücke, die die Risiken minimiert, anstatt sie auf unabhängige und damit demokratisch nicht legitimierte Institutionen, wie die Europäische Zentralbank, zu verschieben; eine Abstimmung über ein drittes Hilfspaket ist dafür die bessere Option;
- eine langfristig realistische Perspektive der Schuldentragfähigkeit Griechenlands zu entwickeln, die eine Rückzahlung unserer geleisteten Kredite durch Griechenland ermöglicht. Dafür ist die Durchführung eines gestaffelten Schuldenschnitts zu prüfen, der an die Erfüllung von Strukturreformen und struktureller Ziele geknüpft ist und zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, so dass er die Liquiditätsslage der Euro-Staaten, die momentan selbst Schwierigkeiten haben, nicht zusätzlich belastet;
- weitere Wachstumsimpulse durch Investitionen in zukunftsfähige Sektoren, Infrastruktur und Energie sowie Beschäftigung, um der Rezession entgegenzuwirken und die Wirtschaft in Griechenland wieder anzukurbeln und dafür die Maßnahmen aus dem Pakt für Wachstum und Beschäftigung zügig und konsequent umzusetzen;
- mehr Anstrengungen, um die Einnahmeseite Griechenlands zu stabilisieren, unter anderem durch einen Steuerpakt für Europa. Dieser Steuerpakt soll Steueroasen, Steuerdumping oder unfairen Steuerwettbewerb beenden und eine effektive Beteiligung insbesondere von Spitzenverdienenden und großen Vermögen an der Bewältigung der Krise ermöglichen; es muss das gemeinsame Anliegen der europäischen Staaten sein, griechisches Fluchtkapital aufzuspüren und griechische Steuerflüchtlinge an den Sanierungskosten Griechenlands zu beteiligen. Die Staaten der Eurozone müssen gemeinsam die Schweiz und andere Steueroasen in Europa zur Kooperation und zu einem automatischen Informationsaustausch bewegen;
- eine Beendigung der sozialen Schieflage im Rahmen der Ausgabenkürzungen. Diese dürfen nicht weiter primär auf dem Rücken einiger Bevölkerungsteile ausgetragen werden; soziale Mindeststandards müssen auch europäisch rechtlich abgesichert und die soziale Sicherung ausgebaut und nachhaltig finanziert werden.

Berlin, den 29. November 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion